Unter anderem in dieser Ausgabe:

STADTBEZIRKSVERBÄNDE: NEUE VORSTÄNDE IN OST & SÜD S. 3 SCHULE & KITA: DOPPELSEITE ZU ZWEI PROBLEMFELDERN S. 4 & 5

LATEINAMERIKA: VERANSTALTUNGSREIHE s. 9

WOHNEN: MIGRATION UND NACHTRAG ZUM PARTEITAG S. 10 & 11

Gipfelsturm

Veranstaltungs**tipp**

Mit vergangenen und aktuellen Protesten zu den Gipfelprotesten (G7 & G20) beschäftigen sich zwei Veranstaltungen. Außerdem gibt's Infos zur Busanreise nach Hamburg aus Leipzig.

siehe letzte Seite

Mitteilungsblatt Ausgabe 06/2017 Zeitung von DIE LINKE. Leipzig



Gemeinsam und entschlossen zu einem tollen Wahlergebnis im Leipziger Norden

Franziska Riekewald Der Wahlkampf im Leipziger Norden und seine Themen

Bis zur Bundestagswahl sind es noch knapp drei Monate, das Wahlprogramm wurde auf dem Parteitag in Hannover verabschiedet die heiße Wahlkampfphase steht also praktisch vor der Tür. Die Aktionswoche "Sozial. Gerecht, Für Alle, "war dafür ein guter Anfang, Am 25./26.06. werden wir im Parteivorstand die Wahlkampagne beschließen. Dann kann es losgehen - auch im Leipziger Norden. Dazu möchte ich als Direktkandidatin natürlich meinen Beitrag leisten. Der Kampf um das Direktmandat wird kein leichter sein. Zumal in diesem Wahlkreis, auch schon bei den letzten Wahlen, die AfD ein starkes Ergebnis einfuhr. Es gilt diesem rechten Gedankengut und dem kapitalistischen Einheitsbrei von SPD und CDU eine echte linke Alternative entgegenzusetzen. Dafür bin ich bereit, Tag für Tag bis zum 24. September einen entschlossenen und kämpferischen Wahlkampf zu führen.

Denn gerade die Themen, die in unserem Wahlprogramm Schwerpunkte sind, sind Probleme, die die Bürgerinnen und Bürger im Leipziger Norden besonders beschäftigen: niedrige Renten, schlechte Löhne, steigende Mieten. Erst diese Woche habe ich mehrere E-Mails von Wählerinnen und Wählern bekommen. Darin ging es genau um diese drängenden Fragen: Wie wollen wir als LINKE das Leben der Menschen zum besseren ver-

ändern? Ich denke, unser Wahlprogramm gibt darauf gute Antworten. Diese gilt es den Leuten in Leipzig zu vermitteln. Für eine soziale Gesellschaft statt Konkurrenzkampf.

Aber auch lokale Themen werden wir im Norden auf die Agenda setzen: Sei es der Streit im den Neubau der Kiesgrube in Rückmarsdorf, der andauernde und nervenaufreibende Fluglärm des Leipziger Kriegs-Flughafens oder aber der zunehmende Konflikt um Verdrängung und damit steigende Mieten, wie beispielsweise rund um die Eisenbahnstraße. Mit diesen Themen wollen und werden wir im Wahlkampf präsent sein und

ebenso die Positionen der anderen Parteien kritisch begleiten.

Dabei werden wir auf einen bunten Mix aus traditionellen und modernen Wahlkampfformen setzen. Ganz konkret bedeutet das, dass wir Leipzigerinnen und Leipziger neben Plakaten, Flyern und Co. auch über toll gestaltete Infostände und kre-

ative Wahlkampfformate erreichen wollen. Sowohl der Stadtverband als auch ich ganz persönlich haben dazu so genannte Aktiventeams gebildet, die zusätzlich zur Arbeit der Stadtbezirksverbände die verschiedenen Wahlkampfformen unterstützen werden. Mindestens genauso wichtig ist natürlich die Arbeit in den einzelnen Stadtbezirksverbänden selbst. In vielen Gesprächen in den letzten Monaten konnte ich feststellen, wie motiviert alle sind, einen tollen Wahlkampf durchzuführen. Trotz sinkender Mitglie-

derzahlen im Norden und zunehmenden Alters strahlen zahlreiche Genossinnen und Genossen eine solche Kraft aus und würden besser heute als morgen mit der Verteilung von Materialien beginnen. Dies spornt

auch mich ungemein
an. Ich bin mir sicher: Im Schulterschluss zwischen
den Stadtbezirksverbänden, den
Aktiventeams und
natürlich mir wird uns ein
kreativer, aussagekräftiger und schlussendlich



DIE LINKE hilft & berät vor Ort

Redaktion MiB Sprechstunden und Termine von und bei DIE LINKE. Leipzig und den Abgeordneten und Büros

Sprechstunden:

- jeden letzten Mi. 16:00 Uhr,
 WK-Kulturbüro, Mariannenstr. 101,
 Abgeordnetensprechstunde mit dem Landtagsabgeordneten Franz Sodann
- 15. Juni 15:30 bis 17:00 Uhr, Stadtteilladen Grünau, Stuttgarter Allee 19, Bürgersprechstunde mit der Stadträtin Ilse Lauter
- 19. Juni 16:00 bis 18:00 Uhr, WK-Büro Grünau, Stuttgarter Allee 16, Bürgersprechstunde mit dem Stadtrat Sören Pellmann

Sozialberatungen:

- jeden Mi. 11:00 bis 15:00 Uhr, linXXnet, Bornaische Str. 3d, Sozialberatung mit Marko Forberger (Dipl.-Sozialpädagoge)
- jeden 1. & 3. Do. 14:00 bis 18:00 Uhr, Wahlkreis-Kulturbüro, Mariannenstr. 101, Sozialberatung mit Steffen Klötzer
- jeden Do. 12:00 bis 15:00 Uhr, INTERIM, Demmeringstr. 34, Sozialberatung mit Marko Forberger (Dipl.-Sozialpädagoge)
- jeden Mo. 15:00 bis 19:00 Uhr, linXXnet, Bornaische Str. 3d, Vereinsberatung (Alles rund um Buchhaltung & Projektabrechnung für gemeinnützige Vereine & Initiativen), Anmelden: prinzessin@linxx.net

Im Stadtrat:

Die Fraktionssitzungen der LINKEN und die Ratsversammlungen sind für alle Interessierten öffentlich.

- Ratsversammlung:21. Juni, ab 14:00 Uhr,Ratssaal, Neues Rathaus
- Fraktionssitzung:
 16. August, ab 17:00 Uhr,
 Raum 259, Neues Rathaus
- Ratsversammlung:
 23. August, ab 14:00 Uhr,
 Ratssaal, Neues Rathaus

erfolgreicher Wahlkampf gelingen. Bereits an dieser Stelle möchte ich allen DANKE dafür sagen.

Die gute Zusammenarbeit haben wir erstmals vor wenigen Wochen beim Wasserfest in Thekla unter Beweis stellen können. Trotz brütender Hitze haben sich junge wie ältere Genossinnen und Genossen am großen Infostand eingebracht und ihre freie Zeit am Wochenende der Parteiarbeit gewidmet. Der Stadtbezirksverband Nord-Ost hatte für einige Mitmach-Aktionen gesorgt. Während die Kinder beim Dosenwerfen ihr Geschick unter Beweis stellen konnten, kamen wir mit den Erwachsenen ins Gespräch darüber, welche Maßnahmen zur Verbesserung der Situation von Familien für sie am sinnvollsten halten. Es durften Punkte geklebt werden. Das Ergebnis war interessant: Gerade der Klassiker der Großen Koalition, Erhöhung des Kindergeldes, schnitt sehr schlecht ab. Genau solche Formate sind es, mit denen wir bei den Wählerinnen und Wählern punkten könnten. Dabei zählt jedes geführte Gespräch.

Die Freude innerhalb des Wahlkampfteams und die positive Reaktion der Bürgerinnen und Bürger machen Spaß und Hoffnung auf drei spannende Wahlkampf-Monate. Zum Abschluss möchte ich Euch noch über ein paar Termine informieren, an welchen jede Menge Hilfe benötigt wird:

- 24.06. Kinderfest unserer Partei am Wasserschloss
- 29.06. Wahlkampfveranstaltung mit Katja Kipping an der Universität
- 18.08. Stadtteilfest unserer Partei im Stadtbezirksverband Leipzig Nord-Ost
- 09.09. Kinderfest unserer Partei auf der Karl-Heine-Straße
- 15.09. Der Wahltruck unserer Partei macht Halt in Leipzig

Solltet ihr noch weitere Wahlkampfideen haben oder Euch noch intensiver engagieren wollen, freue ich mich, wenn ihr Euch bei mir meldet. Ansonsten wünsche ich uns allen einen wundervollen, aufregenden und erfolgreichen Wahlkampf sowie ein tolles Ergebnis am 24. September. Packen wir es an.

Uniwahlkampf mit Katja Kipping zur Bundestagswahl

Maximilian Becker Mit bunten Aktionen und einem hochkarätigen Gast macht DIE LINKE und der SDS zur #btw17 Wahlkampf an der Uni Leipzig



In Leipzig leben über 35.000 Studierende. Für ein starkes Wahlergebnis zur Bundestagswahl brauchen wir auch von ihnen viele Stimmen. Schon traditionell sind wir bei den Themen, die Studis bewegen, stark aufgestellt und wissen diese (Jung-)Wähler*innen eigentlich auf unserer Seite. Als Beispiele seien hier nur die Hochschul-, Verkehrs-, Wohnungs- oder Umweltpolitik genannt. Jedoch findet die Bundestagswahl bekanntlich am 24.September statt, also zum Ende der Semesterferien. Viele der zahlreichen Studierenden werden sich zu dieser Zeit nicht in Leipzig aufhalten, sondern irgendwo in der Weltgeschichte unterwegs sein. Wir können, wollen und

dürfen dieses Wähler*innenpotenzial jedoch nicht verschenken. Wahlstab und SDS haben sich daher entschlossen, bereits frühzeitig mit dem Wahlkampf an der Uni zu beginnen und diesen mit einer Briefwahlkampagne zu kombinieren. Neben einer Aktionswoche vom 10.07. bis 14.07. gibt es am Donnerstag, dem 29.06. ein besonderes Highlight: Unsere Parteivorsitzende Katja Kipping wird von 18:00 Uhr bis 20:00 Uhr (Örtlichkeit wird demnächst auf www.dielinke-leipzig.de bekannt gegeben) zum Thema "Welche Zukunft wollen wir? Progressive & linke vs. nationalistischer Politik" reden. Alle Interessierten sind dazu herzlich eingeladen.

Frischer Wind im Stadtbezirksverband Ost (SBV Ost)

Elisa Gerbsch SBV Ost wählt auf GMV neuen Vorstand

Am 09. Mai 2017 wählten Genossinnen und Genossen einen neuen Vorstand für den SBV Ost. Zu viert werden nun Petra Blume, Jacob Wagner, Malte Hennig (Vorsitz) und Elisa Gerbsch (Vorsitz) die Parteiarbeit in Neustadt-Neuschönefeld, Volkmarsdorf, Sellerhausen, Mölkau, Paunsdorf, Engelsdorf, Heiterblick, Althen-Kleinpösna, Baalsdorf und gemeinsam mit BO RAT auch im Stadtteil Anger-Crottendorf koordinieren.

Die Arbeit im SBV Ost erfordert aufgrund einiger Problemlagen Fingerspitzengefühl und Zuversicht. So sehen sich die Basisgruppen altersbedingt schwindenden Mitgliedszahlen gegenüber. Weiterhin können einige Mitglieder aufgrund körperlicher Einschränkungen nicht zu jeder Zeit und nicht alle Versammlungsorte erreichen. Zudem herrscht auch Ernüchterung und Frustration über die bisher brachliegenden Parteistrukturen im SBV Ost. Trotz der genannten Gründe war bereits auf der Gesamtmitgliederversammlungen am 09. Mai 2017 frischer Wind zu spüren, den vor allem die noch junge Basisorganisation "Wilder Osten" in den Stadtverband hineintragen konnte. Mit Aussagen wie "Ich habe nicht umsonst die Hemdsärmel hochgekrempelt, die Revolution kann beginnen" oder "Wir sehen vielleicht alt aus, aber wir sind voller Tatendrang" waren sich Junge und Erfahrene einig: In diesem Stadtbezirksverband muss etwas passieren. Ein Neubeginn muss eingeläutet werden

Die LINKE steht, neben dem Wahlkampf für die Bundestagswahl, vor weiteren großen Herausforderungen in dem 60.000 Einwohner starken Areal. Denn die zehn zu Beginn benannten Stadtviertel könnten unterschiedlicher nicht sein und umfassen von Plattenbaugebieten über großzügig geschnittene



Altbauwohnungen bis hin zu Einfamilienhaussiedlungen verschiedenste Wohnformen. Somit leben und arbeiten hier sehr verschiedene Menschen mit spezifischen Sorgen, Wünschen und Anforderungen, derer es sich anzunehmen gilt. Besonders die Wohngebiete entlang der Eisenbahnstraße erfreuen sich zudem einer zunehmenden Attraktivität vor allem bei jungen Menschen. Der Immobilienmarkt vor Ort gleicht einem Haifischbecken. Es drohen steigende Mietpreise und die Verdrängung all derer, die sich das Leben hier in Zukunft nicht mehr leisten können. Die Entwicklungen im Westen der Stadt lehren uns,

dass zudem Frei- und Kulturräume verdrängt werden und diese als besonders schützenswert gelten müssen.

Der SBV Ost der LINKEN muss aus den genannten Gründen wieder ein zuverlässiger Ansprechpartner vor Ort sein. Der mit einem Altersdurchschnitt von rund 30 Jahren noch relativ junge Vorstand hat hierbei seitens erfahrener Genossen und Genossinnen, von den angrenzenden Stadtbezirksverbänden sowie vom Wahlkreis- und Kulturbüro Franz Sodann Unterstützung in seinen Vorhaben zugesichert bekommen. So bleibt nur noch zu sagen: Packen wir es an!



Bild: Tilman Loo

Auch Süd hat gewählt

Tilman Loos Stadtbezirksverband Süd wählt neuen Vorstand

Am 6. Juni traf sich der Stadtbezirksverband DIE LINKE. Leipzig-Süd zur Gesamtmitgliederversammlung in den Räumlichkeiten der Frauenkultur. Auf dem Mitgliedertreffen wurde unter anderem turnusgemäß ein neuer Vorstand gewählt. Alter und neuer Vorsitzender ist Kay Kamieth, der erneut von Lisa Umlauft und neuerdings auch Max Wegener als Stellvertreterlnnen begleitet wird. Mit Annegret Köhler wurde auch die amtierende Schatzmeisterin im Amt bestätigt. Als weitere Mitglieder des Vorstands wurden, neben Anna Gorskih und Matthias Tuta, die erneut gewählt worden sind, Friedemann Goerl und Adelheid Noack neu in den Vorstand gewählt.



Schulen - das Dilemma wird größer

Margitta Hollick Schulgesetznovelle

Die Novelle des neuen Schulgesetzes ist verabschiedet. Viele Erwartungen wurden enttäuscht; einige wenige Verbesserungen, z.B. vom Freistaat finanzierte Schulsozialarbeiter/innen auch an Oberschulen oder auch die Stärkung des Elternwillen zur Wahl der Schule nach Klasse 4, gibt es.

Das löst aber das Leipziger Problem nicht. Wurden bis 2005 noch Schulen geschlossen, wird jetzt nach Lösungen gesucht, wie die steigende Anzahl von Schüler/Innen in Leipzig beherrscht werden soll. Mindestens einmal im Monat gibt es neue "Horrormeldungen", wie viele Schulen neu gebaut werden müssen, um die kommenden Aufgaben

Anbau - Sanierung - Neubau. Nur in diesem Dreiklang sind die steigenden Schülerzahlen zu beherrschen. Summen im dreistelligen Millionenbereich stehen dafür zur Verfügung. Woran fehlt es dann?

Es fehlt an Planungsleistungen. Die Entscheidung des Freistaates Sachsen über Fördermittel (Leipzig nutzt 3 Förderprogramme für den Schulhausbau.) dauert 2 - 4 Jahre. Eindeutig zu lange. Und auch die gute Auftragslage der Unternehmen und damit fehlende freie Baukapazitäten machen der Verwaltung zu schaffen. Pro Jahr steigen die Baupreise ca. 3 %, d. h. von der Planung bis zur Bauausführung steigt der Baupreis um etwa 10 %. Das Ergebnis sind erhöhte Mehraufwendungen. Man darf nicht vergessen, dass von der

Planung über die Vergabe der Fördermittel durchschnittlich 3 Jahre und bis Bauende mindestens noch mal 2 Jahre vergehen.

In wenigen Wochen werden das Gymnasium in der Telemannstr. und das Goethegymnasium in der Gorkistraße eröffnet. Die Oberschule am Weißeplatz soll im Oktober umfassend nutzbar sein.

In der Sanierung sind gegenwärtig zwei denkmalgeschützte Schulen (Bauhausstil), das Gymnasium in der Karl-Heine-Straße und die Oberschule in der Ratzelstraße. Natürlich sollen die Gebäude erhalten bleiben, sind sie doch Teil der Leipziger Baugeschichte.

Aber schon jetzt zeigen sich mehr Mängel als vermutet und das heißt Bauverzögerung und wieder erhebliche Mehraufwendungen. Das darf unserer Meinung nach jedoch nicht zu Lasten von anderen Objekten gehen. Gegenwärtig ist es aber so. Auch Provisorien wie die 5. Grundschule an der Red-Bull-Arena und die Grundschule in der Probstheidaer Franzosenallee sind inzwischen zu Dauerlösungen geworden und sollen in den nächsten Jahren abgelöst werden.

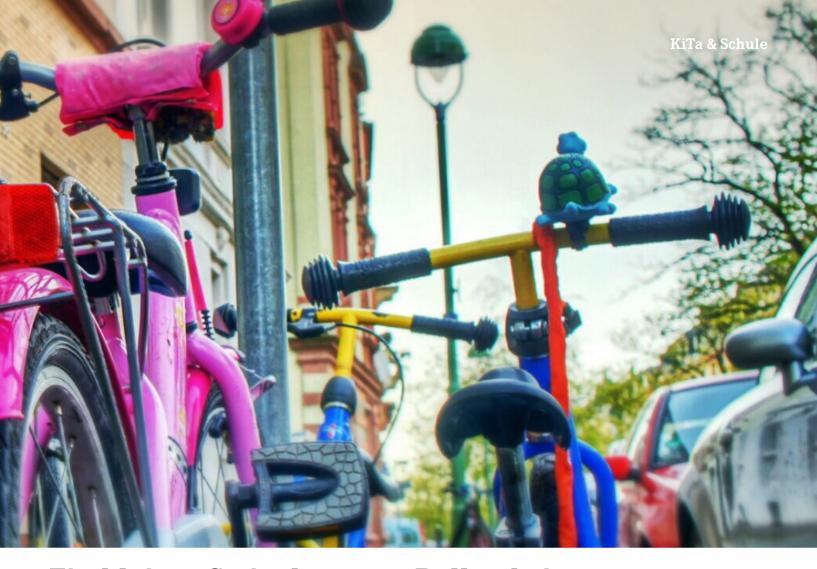
Am unbefriedigtsten ist unserer Meinung nach die Situation in den Grundschulen. Fehlende Kapazitäten führen zu Notlösungen und das beginnt beim Einhalten der möglichen Schülerzahl pro Klasse. Die Integrationsverordnung ist leider auch mit der Schulgesetznovelle eine Kannbestimmung geblieben und wird dadurch zu häufig nicht beachtet. Das

geht zu Lasten der Förderung der einzelnen Kinder und Jugendlichen. Anbauten und Containerlösungen wie in Mölkau, Reudnitz-Thonberg, der 60. Grundschule, Georg -Schumann-Oberschule ...sollen die Situation kurzfristig entspannen. Neubauten (Engelsdorf, Gießerstr., Rolf-Axen-Str....) und Sanierungen (Haus 2 der 3. Grundschule, der Pablo-Neruda - und Alfred-Kästner-Grundschule. 66. Grundschule...) dauern noch mind. 1,5 - 2 Jahre. Die Aufzählungen sind nicht vollständig, machen aber die gewaltigen Aufgaben deutlich. Auch beim Schulhausbau hat man in der Stadtverwaltung auf das vollständig private Engagement (vom Grundstück bis zur Bauübergabe) gesetzt. Sicher, den meisten Eltern ist es gleich, wer baut. Das Wichtigste für sie ist, dass die Schule im Wohngebiet schnell fertig wird. Das wollen wir auch, aber nicht um jeden Preis.

Wir wollen, dass die Verwaltung genügend Personal hat, um die vorbereitenden Maßnahmen schneller zu erfüllen und dann gemeinsam mit den regionalen Unternehmen die Aufgaben von Planung bis Bauausführung erfüllen kann

Bei den Grundschulen gäbe es noch mehr Probleme aufzuzählen. Dazu gehören häufig die ungenügende Bedingungen zur Essenseinnahme oder auch nicht ausreichende Sporthallenkapazitäten.

Da hilft kein Zedern und Jammern. Die Aufgaben müssen erfüllt werden.



Ein kleines Steinchen zum Rollen bringen

Cynthia Friedrichs Wie aus der Suche nach einem Kita-Platz eine politische Aktion wurde

Es fing harmlos an. In meinem persönlichen Mischzustand aus Verzweiflung, Wut und Belustigung ob der Tatsache, dass ich gerade die schönste Zeit meines Lebens genießen sollte, stattdessen mit absurden Ämterwegen, Mails und Telefonaten zu kämpfen hatte. schrieb ich einen Leserbrief an die Leipziger Volkszeitung. Ich empfahl der Redaktion, eine Serie über Leipziger Eltern auf Kitaplatz-Suche zu bringen. Das sei sicher sehr unterhaltsam für Außenstehende und befreiend für die Betroffenen. Die wöchentlich veröffentlichten offiziellen Statements zur Situation mit der Quintessenz "So schlimm ist es nicht, wir tun unser Bestes!" waren meiner Ansicht nach weder das eine noch das andere.

Kitaplatz-Suche in Leipzig ist ein Vollzeitjob. Angesichts der Tatsache, dass es offiziell reicht, sich online anzumelden, Wunschkitas anzugeben und dann abzuwarten, ist das einfach nur absurd.

Ich kenne Mütter, die Excel-Tabellen führen über die Kitas, bei denen sie sich beworben haben, um ja nicht die regelmäßigen telefonischen Nachfragen zu verpassen. Andere, die mit selbstgebackenem Kuchen bei Sommerfesten vorsprechen. Mir wurde empfohlen, das Internet-Portal nachts aufzurufen, um freiwerdende Plätze als Erste zu entdecken. Tatsächlich entdeckte ich auf die Weise einmal einen Platz. Und stand am nächsten Morgen Punkt 6:30 Uhr vor der Kita. Allein mit meiner Tochter. Anderthalb Stunden war-

teten wir auf die Leiterin, die mir dann mitteilte, der Platz sei für ein 5-jähriges Kind. Diese Story ist kein Einzelfall. Ich hab sie schon damals nicht geglaubt.

Die LVZ veröffentlichte leider keine Serie sondern nur ein Porträt über mich und mein Kind, das traurige Einzel-

schicksal. Bei aktuell 1100 fehlenden Plätzen allein im Krippenbereich ein Hohn für alle Betroffenen. Eine Mutter nahm den Artikel zum Anlass, mir zu schreiben. Sie sei total verzweifelt, müsse eigentlich seit einem Monat wieder arbeiten und habe immer noch keinen Platz in Aussicht. Sie wisse nicht, was sie tun solle. Das gab den entscheidenden Anstoß. Denn wenn ein Gefühl wohl das Schlimmste ist, dann, nichts tun zu

können, obwohl man alles tut.

Ich gründete eine Facebookgruppe und formulierte als Ziel, eine Demo vor dem Rathaus stattfinden zu lassen. Wenn dort die Familien aller 1100 Kinder ohne Krippenplatz zusammenkommen würden, so mein Gedanke, was würde der Sozialbürgermeister dann sagen? Dass das Problem in drei Jahren sicher behoben sei?

Der Zusammenschluss mit der bereits seit mehreren Jahren bestehenden und sehr gut vernetzten "Leipziger Kita-Initiative" brachte den Durchbruch. Stündlich kamen neue Mitglieder zur Gruppe dazu – Eltern mit Fragen, Eltern mit Stories, Eltern, die einfach nur

gut fanden, was wir da vor hatten. Zum ersten Demo-Treffen erschienen zwar trotzdem nur die Gründerin der Kita-Initiative, Victoria Jankowicz, und ich, aber alles, was wir im Brainstorming zusammen getragen hatten, wurde hinterher online ausdiskutiert, erweitert und schließlich von Victoria in 6 Forderungen an die Stadt Leipzig zusammen gefasst. Der Auflauf vor der im

Der Auflauf vor der im Bau befindlichen Johanniter-Kita "Tillj" zum ersten

von zwei geplanten Anmeldeterminen hatte uns wenige Tage zuvor den medialen roten Teppich ausgelegt. Das Thema ist seit Wochen städteübergreifend in aller Munde und selbst über die Forderungen und die Demo wurde überregional berichtet. Erste Rückmeldungen von Verantwortlichen der Stadt Leipzig gab es ebenfalls, in Form von Gesprächsangeboten. Das Steinchen rollt.



DIE LINKE in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen unter 5 %

Andreas Die beiden letzten Landtagswahlen

Die Wahlergebnisse der LINKEN bei den Landtagswahlen in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen können nicht wirklich befriedigen, auch wenn DIE LINKE bei beiden Wahlen an Stimmen gewonnen hat.

So verpasste DIE LINKE den Einzug in den Landtag in Kiel erneut, auch wenn das Ergebnis etwas besser ausfiel als jenes von 2012. Anstelle von 2,3 % bei der Wahl 2012 (absolute Stimmen: 29.868) gewannen die demokratischen Sozialisten zwar diesmal knapp 26.000 Stimmen dazu (absolute Stimmen: 55.833), dies entsprach einem Plus von 1,5 %. Erinnert sei aber daran, dass der Partei 2009 der Einzug in den Landtag gelungen war, auch wenn das damalige sehr gute Ergebnis von 6,0 % (95.764 Stimmen) auch durch die damals parallel stattfindenden Bundestagswahl begünstigt wurde. Mut machen die Zuwächse bei jüngeren Wählern und in städtischen Regionen (Flensburg 7,0 %; Kiel 7,2 %), was aber zum Einzug in den Landtag nicht ausreichte. Sicher spielt auch eine Rolle, dass mit den SSW und den Grünen hier recht schlagkräftige Alternativen im Mitte-Links-Spektrum zur Verfügung standen, wobei spätestens mit dem Einzug der Grünen in eine CDU-geführte Landesregierung die Chancen auf den Einzug in den Landtag das nächste Mal besser stehen. Landespolitische Themen wie etwa Fragen von Schule (G8/ G9), Bildung, Verkehrspolitik und Zustand der Straßen rangierten weit vorn. In diesen Bereichen wurden der CDU durchweg höhere Kompetenzwerte zugesprochen als der SPD. Die sehr liberale Flüchtlingspolitik der abgewählten SPD-Grüne-SSW-Landesregierung (u. a. Abschiebestopp für Flüchtlinge aus Afghanistan) scheint hingegen eine weit geringere Rolle bei der Abwahl der Landesregierung gespielt zu haben, entsprechend unterdurchschnittlich schnitt bei dieser Wahl auch die AfD mit 5,9 % ab. Zu den Gewinnern der Wahl zählen neben der CDU mit 32,0 % (+1,2 %) auch die Grünen mit 12,9 % (nur -0,3 % trotz eines schlechten Bundestrends) und die FDP mit 11,5 % (+3,3 %). (1)

Besser fiel das Ergebnis bei der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen aus, bei der DIE LINKE ihre absolute Stimmenzahl verdoppeln konnte. Während sie bei der Landtagswahl 2012 194.428 Stimmen (2,5 %) erhielt, waren es diesmal 415.936 Stimmen (4,9 %). Dies waren absolute Zuwächse, reichte aber für den Einzug in das Landesparlament nicht. Erinnert sei daran, dass die Partei bei der vorangegangenen Wahl 2010 noch mit 5,6 % (11 Mandate) in das Landesparlament eingezogen war. Zumindest sind fast 5 % eine gute Vorlage für die Bundestagswahl, wobei die Partei in Köln, Bielefeld, Dortmund, Wuppertal, Bochum,

Düsseldorf mit 7 % - 12,1 % in den Wahlkreisen sehr gute Ergebnisse mit hohen Zuwächsen (bester Wahlkreis 2012 war Bielefeld I mit 5,6 %) erzielen konnte. Die Niederlage der SPD-geführten Landesregierung hängt auch damit zusammen, dass die Ministerpräsidentin Kraft keine gute Figur machte und als eine typische SPD-"Verwaltungsorthodoxe" ohne Anlass und Grund einige Tage vor der Wahl iede Zusammenarbeit mit den LINKEN ausschloss. Generell gilt, dass anders als 2012 die SPD in der Themenprofilierung gegenüber der CDU, basierend auf den Vorwahlbefragungen von Infratest dimap, je näher der Wahltermin rückte, deutlich verloren hat und zwar bei den

Politikfeldern soziale Gerechtigkeit (42 % zu 21%) und Armutsbekämpfung (38 % 23 %) vor der CDU lag , bei den Politikfeldern Arbeitsplatzschaffung und -siche-

rung (35 % zu 38 %), Schul- und Bildungspolitik (30 % zu 35 %), Wirtschaftspolitik (27 % zu 44 %), Verkehrspolitik (25 % zu 36 %) und Bekämpfung von Kriminalität und Terror (21 % zu 43 %) aber deutlich hinter der CDU lag. Zudem schnitt bei dieser Wahl neben der FDP (12,5 %, 28 Mandate) auch die AfD (7,4 %, 16 Mandate) erstaunlich gut ab, was sicher auch mit der Unzufriedenheit vieler Wähler mit den Folgen der kulturellen Integration infolge der Zuwanderungsbewegung 2015 zu tun hat (Stichwort Ereignisse am Kölner Hauptbahnhof). Ansonsten gilt, dass die SPD durch eine sehr kapitalorientierte Politik in NRW den gesellschaftlichen Zusammenhalt nicht gestärkt hat, der benötigt wird, um den Boden für rechte Einstellungen trockenzulegen. Allerdings ist dies auch der LINKEN nicht gelungen, in so einem wichtigen von Arbeitnehmerschaft geprägten Industrieland besser abzuschneiden, um über die parlamentarische Wahrnehmbarkeitsschwelle von 5 % zu kommen. Dies mag auch damit zusammen hängen, dass es in der NRW-Linken mehr ideologische Feuchtbiotope gibt als alternative Konzepte, um größere Mehrheiten zu erzielen. Auch Sahra Wagenknecht und Oskar Lafontaine haben erkannt, dass ohne eine kritische Masse und ohne parlamentarische Vertretung keine wirksame Politik zu erzielen ist, was auch manche ihrer Kompromisse in einzelnen Sachthemen erklärt.

Auch wenn die Parteizeitung NEUES DEUTSCHLAND die linke Gemeinde auf einen "bitteren Erfolg" einzuschwören versucht, bleibt doch festzuhalten, dass es sich hierbei um die dritte Wahlniederlage des Jahres handelt, und dies obgleich vergleichsweise günstiger Rahmenbedingungen (angeschlagene rot-grüne Landesregierung, Piraten in Auflösung). Kritische Stimmen weisen folglich zurecht darauf hin, dass DIE LINKE stattdessen ein "glaubwürdiges Konzept für die Wiederbelbung deindustrialisierter und ländlicher Regionen schaffen (müsse)... In den urbanen

7entren wiederum muss die Linke Bündnisse schmieden oder ausbauen gegen die o.a. Spaltungen, am Arbeitsmarkt- und Wohnungsmarkt, innerhalb und zwischen Stadtteilen

Landtagswahl Nordrhein-Westfalen 2017

Wanderung Linke

60.000

CDU

60.000

Grüne

10.000

AfD

40.000

Andere

Infratest dimap

Bild: tagesschau.de / Daten: infratest dimap für ARD

zwischen Alteingesessenen und Zugezogenen sich zu verstärken drohen... Ohne eine negative Meinungsmache durch die Medien völlig bestreiten zu wollen, ist der teilweise schlechte Ruf (!) der LINKEN in NRW und anderswo durchaus selbst- und eben nicht nur fremdverschuldet" (so Alban Werner im ND vom 17.05.2017). Selbst wer diese Analyse nicht teilt, wird eingestehen müssen, dass der recht orthodoxe Auftritt der NRW-LINKEN mit "gewollt radikalen, aber teilweise unrealistischen Forderungen" (Rüdiger Sagel bei scharf-links vom 18.05.2017), der in die Präambel der NRW-Linkspartei zum Landtagswahlprogramm 2017 "Für einen Aufbruch zum Sozialismus des 21. Jahrhunderts" für eine Landtagswahl (!) mündete, ihr zumindest nicht genutzt hat.

(1) Kahrs, Horst, 2017: Die Wahl zum
Landtag in Schleswig-Holstein am 7. Mai 2017,
Wahlnachtbericht und erste Analyse,
Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin 2017.
(2) Horst Kahrs/ Benjamin-Immanuel Hoff, 2017:
Die Wahl zum 17. Landtag des Landes
Nordrhein-Westfalen am 14. Mai 2017,
Wahlnachtbericht und erste Analyse,
Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin 2017.

Die Basiskonferenz der AG Zukunft und ihre Ergebnisse

Steffen Rohkohl Erste Eindrücke

Zum Samstag, den 04. März 2017, lud die AG Zukunft alle Genossinnen und Genossen des Stadtverbandes zur Basiskonferenz in das Liebknechthaus ein. Ziel dieser Veranstaltung war die Entwicklung einer Zukunftsstrategie für DIE LINKE. Leipzig, die unter anderem zur Vorbereitung auf die Kommunalwahlen 2019 dienen soll. Nach einem Impulsreferat, welches die Ergebnisse des vorangegangenen einjährigen Diskussionsprozesses der AG Zukunft zusammenfasste, entwickelten die Teilnehmenden im Rahmen von vier Workshops Lösungsvorschläge zu den Fragestellungen des letzten Jahres. Mit Hilfe der in den durchgeführten Gruppendiskussionen und Fragebogenaktion geäußerten Sichtweisen und Vorschläge diskutierten die Genossinnen und Genossen die Art und Weise der nach außen gerichteten Kommunikation des Stadtverbandes, den Informationsaustausch und die Zusammenarbeit innerhalb der Partei sowie politische Themen, die in den kommenden Jahren für die LINKE. Leipzig und die Gestaltung unserer Stadt von Bedeutung sein

Einige der Fragen, die immer wieder aufkamen, widmeten sich der medialen Präsenz des Leipziger Stadtverbandes: Wie lässt sich die Sichtbarkeit der Leipziger Linkspartei in den lokalen Medien stärken, die politische Debatte innerhalb der Stadtgrenzen stärker beeinflussen und im Zuge dessen für die Mitarbeit in unseren Parteistrukturen werben? Die Sichtbarkeit eines Stadtverbandes ist natürlicherweise daran gekoppelt, inwieweit dieser in der Zivilgesellschaft vor Ort eingebunden ist, um Sorgen, Nöte, Wünsche der Leipziger Stadtbevölkerung zu erkennen, diese in politischen Forderungen zu artikulieren und für jene politischen Ziele schlussendlich zu mobilisieren. Um die Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Kräften zu fördern, wurde im Rahmen der Basiskonferenz der Vorschlag unterbreitet, auch Vereine in die im Wahlkampf stattfindenden Haustürgespräche miteinzubeziehen. Man sprach sich dafür aus, in der Zukunft verstärkt Veranstaltungen für Kinder und Jugendliche anzubieten und an jenen Plätzen aktiv zu werden, wo Leipzigerlnnen ihre Hobbys ausleben bzw. ihre Freizeit verbringen.

Da lokale Medien über politische Statements oder öffentlichkeitswirksame Aktionen vor allem dann berichten, wenn diese sich auf tagesaktuelle Ereignisse oder Debatten beziehen, ist es für die mediale Präsenz einer Partei förderlich, wenn diese sich zu aktuellen gesellschaftliche Themen relativ schnell äußern kann. Jedoch, so war das Credo unter den Teilnehmenden der Basiskonferenz, sollte bei der Auswahl der angestrebten Ziele

und Aufgaben stets berücksichtigt werden, dass der Großteil der geleisteten politischen Arbeit von DIE LINKE. Leipzig auf ehrenamtlichem Engagement fußt, welches auf eine bestimmte wöchentliche Stundenzahl begrenzt ist. Es gilt also, die Kräfte der einzelnen Zusammenschlüsse in unserem Stadtverband so gut wie möglich zu bündeln und effektiv einzusetzen: sprich gemeinsame Interessen zu erkennen, Synergieeffekte auszuloten, Arbeitsschritte zu vereinfachen oder auch Wissen und Kontakte weiterzugeben. Die Grundvoraussetzung hierfür ist zweifelsohne, dass die Genossinnen und Genossen in unserem Stadtverband voneinander wissen und sich untereinander austauschen.

Im Sinne dieses Gedankens sprach sich die Basiskonferenz dafür aus, die Zusammenarbeit zwischen den Basisorganisationen, den Arbeitsgemeinschaften, den Interessengemeinschaften sowie der Stadtratsfraktion zu intensivieren. Diese könne unter anderem durch die gegenseitige Zurverfügungstellung kontinuierlich angefertigter Protokolle und Arbeitspläne der jeweiligen Treffen gefördert werden. Eine daraus resultierende komprimierte Übersicht halbjähriger Wasserstandsmeldungen aller AGs /IGs, BOs etc., die beispielsweise über die Geschäftsstelle des Stadtverbandes erhältlich ist, könnte die interessenorientierte Einbeziehung von Neumitgliedern und gruppenübergreifende Projekte begünstigen. In diesem Kontext nahm die Basiskonferenz die Zusammenarbeit zwischen der Stadtratsfraktion und den AGs/IGs näher unter die Lupe. Die Intensivierung jener Kooperation könnte sowohl die ehrenamtlich arbeitenden Stadträte ein Stück weit entlasten als auch die Einflussnahme der Arbeitsgemeinschaften und Interessengemeinschaften auf die Geschehnisse in der Stadt erweitern. Aus den AGs/IGs könnten wiederum ReferentInnen entspringen, die die Sitzungen der Basisorganisationen und Stadtbezirksverbände mit thematischen Inputs bereichern, wichtige Informationen weitergeben und für anstehende Demonstrationen oder anderweitige politische Aktionen die Werbetrommel rühren bzw. um Hilfe bitten. Die Kontaktaufnahme zwischen den ReferentInnen und den Vertretern der Basisorganisationen und Stadtbezirksverbände würde durch das Erstellen und Pflegen eines Referentenpools - also die Auflistung bereits bekannter ReferentInnen erleichtert werden.

Im Hinblick auf den Stadtvorstand wurde die Wiedereinführung eines Patenschaftskonzeptes für Stadtbezirksverbände, die Festlegung fester Sprechzeiten der Vorstandsmitglieder oder auch die Möglichkeit, außerhalb von Vorstandssitzungen Entscheidungen zu

treffen, besprochen. Die Debatte über die Überarbeitung der bisherigen BO-Strukturen schätzten die Beteiligten der Basiskonferenz als sehr umfassend ein und sahen jenen noch ausstehenden Diskussionsprozess als eine parteiinterne Herausforderung an, der man sich nach der Bundestagswahl im September stellen müsse.

Über diese und weitere Ergebnisse bzw. Schlussfolgerungen der Basiskonferenz möchte die AG Zukunft zusammen mit den Genossinnen und Genossen der LINKEN. Leipzig ins Gespräch kommen. Die AG Zukunft freut sich über alle Einladungen, die in diesem Sinne in der Geschäftsstelle des Stadtverbandes (Braustraße 15) eingehen.

Reihe: Partei erklärt diesmal: Wer ist eigentlich der Bundesparteitag?

Tilman Loos Anfang Juni tagte der Bundesparteitag (BPT) in Hannover, genauer: Die 2. Tagung des Bundesparteitags, denn die Delegierten des BPT werden für die Dauer von 2 Jahren gewählt. Wenn sie sich das erste mal versammeln, ist dies die erste Tagung, die darauffolgende Tagung die zweite usw. Werden neue Delegierte gewählt, ändert sich die Nummer des Parteitages und dieser beginnt erneut mit einer ersten Tagung.

Insgesamt sind 580 Delegiertenplätze zu vergeben: 500 für die Landesverbände, max. 30 (bis 2015: max. 20) für den Jugendverband linksjugend ['solid] und max. 50 für die "bundesweiten Zusammenschlüsse", was z. B. thematische (Bundes-)Arbeitsgemeinschaften oder Strömungen sein können.

Der BPT wählt die Organe und Gremien des Bundesverbandes, das sind insbesondere: Der Parteivorstand, die Bundesschiedskommission und die (Bundes-)Finanzrevisionskommission. Weil der BPT diese Organe wählt, muss und darf er sich von diesen auch berichten lassen. Dazu kommen u. a. die Berichte von den Mitgliedern des Europaparlaments, der Bundestagsfraktion und des Ältestenrates

Da der BPT das höchste Organ unserer Partei ist, beschließt er ferner über das Programm unserer Partei, die Bundestagswahlprogramme, die Bundessatzung sowie weitere Ordnungen und entscheidet über die Beteiligung an Koalitionen oder Tolerierungen von Minderheitenregierungen auf Bundesebene. Auch über Auflösung der Partei oder Verschmelzung mit einer anderen entscheidet der BPT.

Darüber hinaus entscheiden die Delegierten über alle möglichen Anträge, die an den Parteitag gestellt werden (siehe dazu auch MiB 05/2017: So funktionieren Antragsdebatten).

Nun ist der BPT neben einem Ort der Beratung, Antragsbearbeitung und notwendiger Selbstbeschäftigung auch immer ein Event und mediales Spektakel. Das kann man finden, wie man will, ist aber so. Das führt zum einen dazu, dass gerade in Wahlkampfzeiten nur ungern zugespitzte Debatten geführt werden, die medial gerne sofort als Streit wenn nicht gar "Uneinigkeit" oder "Zerissenheit" dargestellt werden. Zum anderen finden auf eigentlich jedem Parteitag Reden der Partei- und Fraktionsprominenz statt, die sich mal eher an die Partei und mal eher an das Publikum der Tagesschau richten. Meist wird in diesen Reden Grundsätzliches wiederholt. Eine Ausnahme bildet bspw. die Rede, die Gregor Gysi auf dem Parteitag in Göttingen gehalten hat. Der Bundesparteitag tritt in der Regel übrigens ein mal im Jahr zusammen.



25. Jahre Treffen der europäischen Linken - erstmalig in der Slowakei

Oliver Gebhardt für die AGJG Bericht vom Europacamp

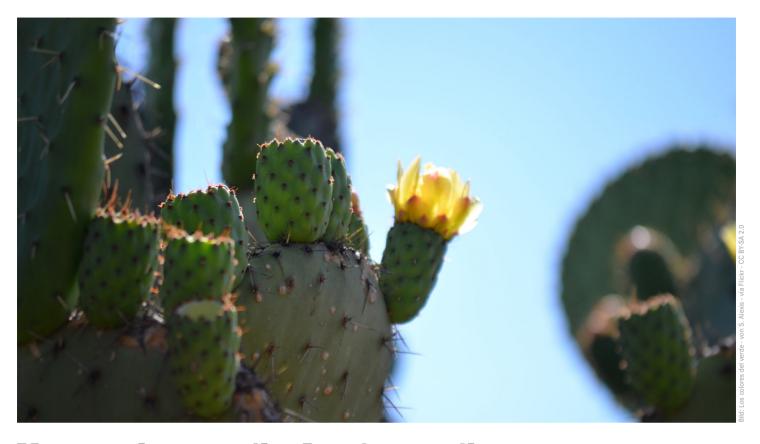
An Himmelfahrt machten sich 11 unerschrockene Leipziger GenossInnen und SympathisantInnen auf die fast 12-stündige Reise ins 25. Eurocamp des ständigen Forums der europäischen LINKEN. Das Reiseziel lautete dieses Mal Banská Štiavnica – erstmalig sollte die Slowakei Ziel des Camp's sein. Am Rande dieses Ortes lag die Unterkunft, welche über 100 linke Genossinnen aus Europa aufgenommen hatte.

Am ersten Tag, dem Tag der Anreise, freuten wir uns nach einigen langen Staus in Tschechien auf die um drei Stunden verzögerte Unterkunft im Hotel. Nach kurzer Stärkung begab sich ein Großteil der anwesenden Genossinnen an das durch uns angeheizte Lagerfeuer. In lockerer Atmosphäre konnten wir dank einiger zweisprachigen Mitreisenden ersten Kontakt zu den Genossinnen aus Polen, der Slowakei und Tschechien aufnehmen. Am 26. Mai, dem kulturellen Tag des Camps, erfolgte ein Ausflug in das nahegelegene Schloss und Museum, Sväty Anton. Hier sollte uns das prunkvolle Leben der ehemaligen Herrscherfamilien gezeigt werden. So beeindruckend der königliche Lebensstil auch heute noch scheint, konnte über die Ablehnung jener Strukturen und Lebensstile zum Leitwesen unterdrückter Gruppen Einigkeit erzielt werden. Der Besuch im Bergbaumuseum der Region zeigte uns eindrucksvoll die harte Arbeit des damaligen 3. Standes bzw. der heutigen Arbeiter. Dass die Welten der Herrschenden bzw. Wohlhabenden Bevölkerungsgruppen und der Arbeiter bzw. der Minderheiten in der Slowakei noch weit auseinandergehen, war noch heute bei der Busfahrt zwischen den Museen zu beobachten.

Neben noblen Villen standen oftmals nur wenige 100 Meter entfernt heruntergekommene Wohnkomplexe. Insbesondere die zugewiesenen Unterkünfte der Sinti und Roma stellten sich in einem erschreckenden, aus unserer Sicht menschenunwürdigen Zustand dar.

Im Rahmen des Polit-Samstages sahen wir uns daher geschlossen dazu verpflichtet, die Debatte um das Thema Migration und Frieden zu besuchen. Neben einer Multiperspektiven Analyse der Fluchtursachen wurde zumindest darüber Einigkeit erzielt, dass die am Vortag gesehenen Zustände keineswegs unseren Wünschen entsprechen. Im Rahmen der gesamten Migrationsdebatte wurde zunehmend deutlich, unter welchem Druck die linken Parteien in den östlichen Nachbarländern stehen. Eine offene LINKE Arbeit ist beispielsweise in Ungarn nicht mehr möglich, da dies ein sofortiges Parteiverbot nach sich ziehen würde. Unsere Genossinnen in Polen, der Slowakei und Tschechien spüren derweil die stark zunehmenden nationalistischen Bestrebungen in ihren Staaten. Dies hat auch auf ihre Nationalen Parteien massive Auswirkungen, welche in der Debatte um mögliche Chancen der Integration offensichtlich wur-

Im Rahmen des Abschlussabends wurden bei reichlich slowakischer Folklore über weitere politische Aufgaben debattiert. Ebenso wurde verkündet, dass das nächste Eurocamp in unserem Nachbarbundesland Brandenburg durchgeführt wird. Wir freuen uns bereits jetzt auf die kommende, 26. Auflage des Eurocamps und wollen dieses Mal mit einer noch größeren Leipziger Gruppe anreisen.



Veranstaltungsreihe Lateinamerika

Katja Rameil Einblicke in die Entwicklungen in Mexiko, Venezuela, Kolumbien und Kuba

In vielen Ländern Lateinamerikas mehren sich die Auseinandersetzungen um den politischen Kurs, insbesondere was die Wirtschafts- und Sozialpolitik angeht. Demokratische Prozesse werden dabei, auch mit Einfluss außenpolitischer Akteure, zunehmend untergraben und alte Eliten drängen zurück an die Macht. Doch gerade in diesem Spannungsfeld entstehen Initiativen und Bewegungen, die das Potenzial bergen, den neoliberalen Verhältnissen wirkliche Alternativen entgegenzusetzen.

DIE LINKE. Leipzig organisiert derzeit eine Veranstaltungsreihe mit Schwerpunkt Lateinamerika, um einzelne Länder unter verschiedenen Gesichtspunkten näher zu beleuchten. Den Auftakt bildete dabei am 20.03.2017 ein Vortrag des Soziologen und Journalisten Luz Kerkeling (Münster), der die jüngsten Entwicklungen in Mexiko erläuterte und dabei insbesondere auf die zapatistische Bewegung (EZLN) in Chiapas einging, die sich seit dem Aufstand 1994 in den von ihr als autonom erklärten Regionen unabhängig und selbstbestimmt organisiert und die Linke weltweit mit ihren Initiativen und gelebten Visionen immer wieder aufs Neue inspiriert. Es folgte eine angeregte und aufschlussreiche Diskussion. Kuba, wo die kolumbianischen Friedensverhandlungen bekanntlich stattfanden, nimmt in der internationalen Politik auch nach dem Tod von Fidel eine wichtige Rolle ein. Entgegen allen Erwartungen hält das Land weiter

an seinen sozialistischen Idealen fest. Angesichts der fortgesetzten US-Blockade unter Präsident Trump und dem Rollback der neoliberalen Globalisierung auch in Lateinamerika stellt dieser Kurs eine Herausforderung dar, die allzu oft mit Polarisierungen und Anfeindungen einhergeht. Am Freitag, dem 7. Juli, besteht ab 19 Uhr im Liebknecht-Haus (Braustraße 15, Hof) die Möglichkeit, mit zwei prominenten kubanischen Zeitzeugen, Luis Clergé (Jahrgang 1936) und Lydia Tablada Romero (Jahrgang 1947), sowohl über die historischen Grundlagen als auch die jüngsten Entwicklungen der kubanischen Revolution ins Gespräch zu kommen. Der in Leipzig promovierte Historiker Clergé kämpfte in seiner Jugend an der Seite von Fidel, Raul und Che in der Guerilla; Lydia Tablada ist Ärztin mit dem höchsten kubanischen Abschluss und arbeitet als Parlamentarierin und Mitglied des Staatsrates. Dritter Gast ist der renommierte Lateinamerikaforscher und Kubakenner Michael Zeuske. Professor für Geschichte an der Universität Köln, der bereits zahlreiche Bücher und Artikel über die Karibikinsel veröffentlicht hat.

In Kolumbien ist der Friedensprozess mit der Unterzeichnung des Friedensvertrags zwischen Regierung und FARC-Rebellen einen großen Schritt vorangekommen. Die vorherige Ablehnung einer ersten Version in einem Referendum zeigt jedoch, wie tief das Land nach mehr als 50 Jahren andauernden Ausei-

nandersetzungen zwischen staatlichen Kräften, linken Guerillagruppen und rechten Paramilitärs, bei denen 220.000 Menschen ums Leben kamen und mehr als fünf Millionen vertrieben wurden, gespalten ist. Wir planen mit der Bundestagsabgeordneten Heike Hänsel und Carlos Hainsfurth eine Veranstaltung über den Friedensprozess in Kolumbien.

Venezuela, einst Hoffnungsträger des modernen Sozialismus, gerät in letzter Zeit angesichts der gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Regierung und Opposition vermehrt auch in die deutschen Schlagzeilen. Die politische und die wirtschaftliche Krise hat sich zugespitzt und bringt Hunderttausende auf die Straße, die für oder gegen die Regierung demonstrieren. Die Bundesregierung steht dabei - wie auch die US-Regierung - auf der Seite der Opposition, und es ist davon auszugehen, dass ein Regierungswechsel eine grundlegende Neuausrichtung der Wirtschaftspolitik zugunsten multinationaler Konzerne und zu Ungunsten der sozialen Entwicklung Venezuelas mit sich bringen würde. Im Herbst 2017 werden Dr. Peter Gärtner und Malte Daniljuk Einblicke in Hintergründe und die jüngsten Entwicklungen vor Ort geben. Zu diesen spannenden Veranstaltungen, bei denen es auch Raum für Fragen und Diskussion geben wird, laden wir alle Interessierten herzlich ein.

9



Mietenpolitik und Migration mit Leipziger Erfahrungen

Siegfried Schlegel Gesprächskreis Stadtentwicklung

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung organisiert bundesweit in unterschiedlichen Städten Gesprächskreise zur Stadtpolitik. Der Gesprächskreis am 20. Mai im Westwerk in Leipzig-Plagwitz hatte Mietenpolitik und Migration inmitten eines sich dynamisch verändernden Umfeldes zum Inhalt.

Bereits am Vorabend hatte Dr. Matthias Bernt auf einem Forum im Liebknechthaus in der Braustraße Inhalte seiner Habilitationsschrift zu Auswirkungen von öffentlichen Stadtentwicklungspolitiken auf Gentrifizierungsprozesse in London, Berlin und St. Petersburg vorgestellt und diskutiert. Interessant waren länderspezifische und damit unterschiedliche institutionelle Rahmenbedingungen für Investitionen in den Wohnungsbestand in Großbritannien, Deutschland und Russland und wie einkommensschwache BewohnerInnen im Lauf der Zeit in den analysierten drei innerstädtischen Wohngebieten verdrängt werden und sich ein Nachbarschaftswandel vollzieht. Bernt zeigte auf, dass Gentrifizierungsprozesse unterschiedlich in Tempo, Verlauf und Muster durch die verschiedenen Rahmenbedingungen von statten gehen. Im Ergebnis weist Bernt universalistische Erklärungsmodelle zurück und weist nach, dass Gentrifizierungsprozesse zeitgleich sozial, ökonomisch und politisch bestimmt sind.

In einem Eröffnungspodium des Gesprächskreises im Westwerk mit Caren Lay (MdB), Katalin Gennburg, Mitglied des Berliner Abgeordnetenhaus und Bundessprecherin der Bundes-AG Wohnen und Stadtentwicklung ging es um Formen der Zusammenarbeit und

Vernetzung von LinkspolitikerInnen mit kritischen Wissenschaftlern und außerparlamentarischen Bewegungen sowie um gemeinsame politische Aktivitäten. Im Workshop zur "Mietenpolitik" diskutierten Matthias Bernt vom Leibniz-Institut Erkner, Knut Unger vom Mieterverein Witten, Norma Brecht vom Netzwerk "Stadt für alle" Leipzig und Dr. Matthias Naumann von der Freien Universität Berlin über Fragen und Antworten der Linken auf Wohnraumspekulation zur Minderung sozialer Segregation und Verhinderung von Gentrifizierung. Davon sind vor allem Städte mit starkem Bevölkerungswachstum betroffen. Im zweiten Workshop »Migration« diskutierten Wissenschaftlerinnen aus Leipzig und Weimar Themen wie Unterbringung und Bereitstellung von Wohnungen für anspruchsberechtigte Asylbewerber, Bildung und soziale Betreuung, allseitige Integration zur Verhinderung von Ausgrenzung und urbaner Rassismus. Stadtrat Siegfried Schlegel berichtete über Leipziger Erfahrungen bei der Sanierung von Sammelunterkünften, die sozial gerechte Verteilung kleinteiliger dezentraler Unterkünfte im gesamten Stadtgebiet und die nunmehr anstehende Herausforderung der Bereitstellung von Wohnungen für Asylbewerber, die in Größe und Standard allgemein üblich sind. Statt Ghettoisierung ist eine Integration in die bereits bestehenden Hausgemeinschaften zu organisieren. Berechtigte Forderungen zu stellen ist die eine Seite, diese unter Wahrung gesetzlicher Reglungen in den Kommunen umzusetzen, ungleich schwieriger. Bundeskanzlerin Angela Merkel verkündete locker: "Wir schaffen das". Kommunalpolitiker und -verwaltungen müssen das aber schaffen. Rico Rokitte von der Bauhaus-Universität Weimar und der Stiftung moderierte ein Abschlusspodium, in dem Dr. Ulrike Hamann von der Humboldt-Universität Berlin, Lina Hurlin vom Netzwerk "Stadt für alle" Leipzig und Siegfried Schlegel, Stadtrat in Leipzig und LWB-Aufsichtsrat, zum "Transfer von Erfahrungen zwischen Bewegungen, Partei und Kritischer Wissenschaft" diskutierten. Schlegel benannte als vierte Gruppe die in Verantwortung stehenden Bundes-, Landes- und Kommunalpolitiker und setzte sich für eine Stärkung der Rechte von Mitgliedervoll- oder Vertreterversammlungen von Wohnungsbau-Genossenschaften oder Mieterbeiräten in kommunalen Wohnungsunternehmen als Betroffenenvertretungen ein. Um den Neubau langfristig bezahlbarer Wohnungen für Mieter und die Wohnungsunternehmen in Leipzig zu befördern, setzt sich die Linke mit anderen Parteien im Leipziger Stadtrat für Kooperative Baulandverfahren, die Fortschreibung der Wohnungspolitischen Leitlinien und LWB-Eigentümerziele ein, ebenso für industrielle Fertigteil- und Systembaubauweisen im Wohnungsbau, vornehmlich in innerstädtischen Baulücken und bereits erschlossenen Wohnungsbaustandorten. Anspruch an die Wissenschaft muss in Anlehnung an ein Klassikerzitat sein, die Städte nicht nur in ihrem Sein zu interpretieren, sondern sozial gerecht mitzugestalten.



Recht auf Stadt – ein Recht für alle!

Friedemann Goerl Rückblick auf die Debatte zu den Wohnungspolitischen Leitlinien

Nach einer intensiven und kontroversen Debatte wurden am 6. Mai 2017 auf dem Stadtparteitag unsere neuen wohnungspolitischen Leitlinien beschlossen. Unser Stadtverband verfügt damit über eine aktualisierte programmatische Grundlage, wie Prinzipien linker Wohnungspolitik in unserer Stadt befördert werden können.

Das wachsende Leipzig braucht mehr bezahlbare Wohnungen und ein Wohnungsangebot, welches den Bedürfnissen aller in der Stadt lebenden Menschen Rechnung trägt. Ein zentrales Anliegen der neuen Leitlinien ist es daher, gegen sozialräumliche Ausdifferenzierungen unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen (Segregation) als auch gegen Verdrängung ärmerer Bevölkerungsgruppen aus städtischen Nachbarschaften (Gentrifizierung) anzukämpfen. Denn diese zwei Stadtentwicklungsprozesse führen zu einer entmischten, diskriminierenden und sozial polarisierten Stadtgesellschaft, die wir Linken mit aller Kraft verhindern müssen.

Folgerichtig war daher die Annahme des Änderungsantrags, welcher den Titel der wohnungspolitischen Leitlinien in "Recht auf Stadt – ein Recht für alle! Für sozial gerechtes Wohnen in Leipzig" änderte. Da dieser Änderungsantrag sehr kontrovers diskutiert wurde und das Abstimmergebnis äußert knapp ausfiel, ist es mir ein Anliegen ein paar Gedanken hierzu zu äußern.

Der Slogan "Recht auf Stadt" ist nicht einer bestimmten stadtpolitischen Initiative entlehnt, sondern stammt vom marxistischen Soziologen Henri Lefebvre. Das Recht auf Stadt definiert sich als ein Recht auf Nichtausschluss von Qualitäten und Leistungen der ur-

banen Gesellschaft, welche damit ein Ort der Begegnung und des Austausches ist. Hierbei spielt jedoch nicht nur die gebaute Umwelt einer Stadt eine Rolle, sondern alle Formen der sozialen Verhältnisse und menschlichen Praktiken. Die theoretischen Impulse Lefebvres ermöglichen jedoch eine intensive Diskussion wie ein auf Gleichheit bedachtes räumliches Miteinander aussehen sollte und wie es praktisch erstritten werden kann. Städte können damit kollektiv gestaltet und gleichzeitig individuell und selbstbestimmt benutzbar bleiben. Diese Forderung setzt vor allem für marginalisierte soziale Gruppen ein Recht auf Abweichung voraus, welches im politischen Alltag vielen Menschen abgesprochen wird (z. B. selbstverwaltete Räume oder Wagenplätze). Stadt ist dabei als Sinnbild für Zentralität zu verstehen, welche sich durch die für Lefebvre wichtigen Merkmale von Differenz, Begegnung und Gleichzeitigkeit auszeichnet. Die spezielle Funktion der Zentralität verdichtet erst alle menschlichen Interaktionen und nur in der Stadt bieten sich die Möglichkeiten, unterschiedliche Elemente einer Gesellschaft zusammenkommen zu lassen. Neues und Unerwartetes kann durch Reaktionen des schöpferischen Überschusses hier am besten verwirklicht werden.

Indem wir - wie Lefebvre - ein "Recht auf Stadt" in unseren wohnungspolitischen Leitlinien beanspruchen, fordern wir das individuelle Recht, nicht aus seiner eigenen Gesellschaft oder Kultur in einen segregierten und damit diskriminierenden Raum verdrängt zu werden. Wir setzen uns im Gegenteil dafür ein, den Zugang zu den Orten des gesellschaftlichen Reichtums, der städtischen

Infrastruktur und des Wissens für alle Menschen in unserer Stadt zu ermöglichen. Im Moment ist die (post)moderne Stadt zu einer tauschwertorientierten Regulation des Alltages verkommen. Eine bürokratisch gelenkte Konsumgesellschaft hat hierbei durch rationalistische Stadtplanung den Konsum über die Produktion des Raumes gestellt. Um allen Menschen eine soziale und gesellschaftliche Teilhabe in unserer Stadt zu gewährleisten, müssen wir Linke gegen homogenisierende, fragmentierende und hierarchisierende Raumproduktionen wie Segregation und Gentrifizierung ankämpfen. Hier knüpft auch der Beitrag von Norma Brecht zum Thema "Sozial, ökologisch, links" im letzen Mitteilungsblatt an: Die "Stadt für alle" wird hier folgerichtig als Gegenentwurf zu den aktuellen urbanen Verhältnissen gefordert. Durch hohe Mieten in der Stadt läuft das urbane Leben Gefahr, einkommensabhängig zu werden. Die Diskussionen, wie Wohnen sozial und solidarisch funktionieren kann, müssen wir jedoch nicht alleine führen, sondern zusammen mit allen Menschen, Vereinen und Initiativen in unserer Stadt. Die strategische Unschärfe des Begriffs "Recht auf Stadt" ermöglicht es uns hierbei nicht nur einen individuellen Rechtsanspruch im juristischen Sinne zu artikulieren. Er ist vielmehr eine konkrete kollektive Forderung für eine bessere Welt.



Auf dem Weg zu neuen Ufern?

Susanne Scheidereiter Zwischen Meditation, Kühen und Yoga

Aufgeschlossen für neue Formen des gemeinschaftlichen Zusammenlebens verbrachten wir Frauen der AG Lisa ein verlängertes Wochenende bei wunderschönem Frühsommerwetter im Lebensgut Cobstädt in Thüringen. Vier verschiedene Höfe verbinden sich in diesem Ort zu einem Netzwerk, die einen nachhaltigen Lebensstil verwirklichen wollen. Dabei stehen sowohl Selbstversorgerprinzip als auch biologischer Anbau und die Erhaltung alter Pflanzensorten im Mittelpunkt.

Hört sich gut an, wir sind dabei. Mit der Deutschen Bahn geht es zügig über Erfurt nach Neudietendorf. Von dort holt uns Thomas ab und bringt uns zum LebensGut Cobstädt. Ein altes liebevoll gestaltetes Pfarrhaus birgt nicht nur Wohnraum für die BewohnerInnen, sondern auch eine Pilgerherberge für Wandersleute auf dem Jakobsweg. Der naturnahe, ganzheitliche Landwirtschaftsbetrieb mit Gemüseselbsterntegarten und einer kleinen Tierhaltung von Kühen, Ziegen, Eseln und Hühnern wird für gut befunden, weite Wiesen betören das ruhesuchende Städterinnenherz, die Kulturpflanzenvielfalt und Biodiversität lassen hoffnungsvoll aufatmen: Keine Gentechnik, keine Pestizide. Die kleine Imkerei kann sich giftfrei entfalten. Hunderte Bäume stehen auf dem Feld und wurden am Jakobsweg gepflanzt. Wer möchte, kann eine Baumpatenschaft übernehmen oder in Garten und Küche mithelfen. Naja, von nichts kommt nichts. Außerdem geht in der Gemeinschaft alles besser, zumal alle Menschen hier ausgesprochen freundlich und hilfsbereit sind. Yoga steht auch auf dem Plan. Elisandra ist Yogalehrerin und ein wenig Entspannung super.

Und just an dem von uns ausgewählten Wochenende war auch ein Swami * anwesend,

der über Spiritualität im Leben allgemein und in Beziehung im Besonderen referierte sowie zur Meditation und dem Praktizieren von Yoga einlud.

Ab diesem Punkt wurde die Idylle ein wenig getrübt. Yoga ist eine gute Sache, eine achtsame Atemtechnik verbunden mit körperlichen Übungen, den so bezeichneten Asanas, kann merklich das Wohlbefinden und die Gesundheit verbessern und den allgemeinen Lebenswahnsinn entschleunigen. Eine vollwertige, vegetarische Ernährung, eine bewusste Lebensweise. Doch den ideologischen Überbau, welchen uns der Swami in seinen Vorträgen offenbarte, müssen wir aus gut nachvollziehbaren logischen Gründen kritisieren. Die Carmallehre von der Kausalität unseres Handelns und der damit verbundenen Folgen für unser Leben gekoppelt mit einer überzeugten Darstellung der Reinkarnation, also dem Glauben an vorangegangenen und zukünftige Leben und der spirituellen Verbindung dieser. Ein Hinarbeiten auf das Vergehen im Nirwana, also einer Lösung vom irdischen Dasein, einem Vergehen des Ichs im Nichts. Wozu? Um diese Überzeugung zu erlangen, braucht es eine ganze Portion Glauben sowie etwas Lebensverdruss.

Zudem sich diese Kopie des hinduistischen Glaubens als einerseits widersprüchlich als auch doch sehr patriarchalisch entpuppt: Krankheiten einseitig als Folge der falschen Lebensweise, belastenden Beziehungen und schlechten Vorleben? Der "undendliche Raum der Weisheit" als männlich deklariert, die Frau hingegen als Verkörperung der "Schönheit, der Natur und der Liebe" **? Das Mantra *** von der Negation des Egos, präsentiert von einem Mönch, der in diesem Punkt nicht authentisch wirkt?

Die von uns geäußerten Unklarheiten erhalten keine befriedigenden Lösungen. Auf die Frage hin, ob moderner Weise auch Frauen in den Stand der Swami aufsteigen können, folgt seine Verärgerung. Ist aber nach seiner Aussage dennoch möglich. Zumindest ein Denkanstoß für ihn, sich mit der Gleichheit im hinduistischen Glauben zu befassen. Auch die anderen WorkshopteilnehmerInnen wirken verhalten kritisch.

Die gemeinsame Meditation und Tiefenentspannung kommt bei fast allen Teilnehmenden gut an. Die Yogasitzungen ebenso. Losgelöst von der hinduistischen Weltvorstellung also recht sinnvoll, wenn mensch das eine ohne das andere haben kann? Wir denken schon.

Abschließend stellt sich für uns die Frage, wie konservativ Ökodörfer sind? In unserer Vorstellung paart sich ein alternatives Lebenskonzept stets mit dem Anspruch an Aufklärung und somit einer Kritik am herrschenden Patriarchat. Dazu gehört eine Kritik von religiösen Heilsversprechen.

Wir werden weitere Ökodörfer aufsuchen und uns ein Bild machen. Doch eines scheint gewiss: Wir werden die Diskussion suchen und unsere Kritik an religionsverherrlichenden, antifeministischen Zuständen äußern.

Der nächste Markstein soll der Ökohof Sieben Linden im Altmarkkreis Salzwedel sein. Wir sind gespannt.

① * ist ein hinduistischer religiöser Titel, der vereinfacht "Herr" bedeutet und üblicherweise angesehenen Männern und Lehrern beigegeben wird. (Duden) ** Zitat frei nach dem Swami *** Spruch, Lied, Hymne, Wikipedia





3 Bilder aus dem Mai

Bild links oben: Am 13. Mai fand in Leipzig der "Tag der Mitglieder" des sächsischen Landesverbandes statt. Im dessen Rahmen fanden unter anderem 4 Wahlkampfworkshops statt: Auf Leute zugehen & mit ihnen sprechen, richtig Plakatieren, Stecken gehen für Profis und einer zu Standbetreuung und dem Aufpeppen derselben (letzterer im Bild).

Bild rechts oben: Am 17. Mai und auf dem Bild zu sehen: Die ostdeutsche Kernkompetenz "Schlange stehen". Grund dafür war unser Infostand zum Rainbowflash, einer internationalen Veranstaltung gegen Homophobie. Grund dafür, dass die Schlange bei uns so lang war, war unter anderem, dass wir die einzigen mit Helium waren.

Bild rechts unten: Am 18. Mai hat der Stadtbezirksverband Nord-West einen neuen Vorstand gewählt. Als neue Vorsitzende wurde Marianne Küng-Vildebrand gewählt. Sie übernimmt die Aufgabe des langjährigen Vorsitzenden Siegmund Mai. Weiterhin wurden Brigitte Lagodzki, Andreas Praße als Schatzmeisterin Gisela Stender sowie Karin Schulze, Tobias Friese und Andreas gewählt.



Autobahnen bald in Investorenhand?

Maximilian Becker Bundestag verabschiedet umfassende Grundgesetzänderung

Im September 2014 sorgte der ehemalige Fraktionsvorsitzende der Partei DIE LINKE, Gregor Gysi für viele Lacher: Im Zuge drohender Straßenprivatisierungen kündigte er an, die Straße, in der Wolfgang Schäuble wohnt, kaufen zu wollen und diese in "Zum Gysi" umzubenennen. Was damals noch spaßig war, scheint nach einer weitreichenden Entscheidung des Bundestags bittere Realität werden zu können. Am 01.06. hat die große Koalition im Deutsche Bundestag gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE und Bündnis 90/ Die Grünen für eine Grundgesetzänderung gestimmt, die die Einrichtung einer Infrastrukturgesellschaft für Autobahnen und Bundesfernstraßen auf den Weg bringt. Zahlreiche Expert*innen sind sich einig, dass diese Infrastrukturgesellschaft der Privatisierung von Autobahnen Tür und Tor öffnet und somit die parlamentarische Kontrolle über Bau und Betrieb von Autobahnen zumindest eingeschränkt wird. Zwar sind direkte Privatisierungen ausgeschlossen, durch so genannte Öffentlich-Private Partnerschaften (ÖPP) können diese aber durch die Hintertür kom-

men. Die Erfahrungen von ÖPP-Proiekten aus anderen Bereichen zeigen, dass diese Projekte stets mit erhöhten Kosten für die Nutzerinnen und Nutzer verbunden waren. Während die Bevölkerung keine Vorteile durch ÖPPs hat, gibt es einen klaren Gewinner: Unternehmen und Großkonzerne können sich mit solchen Projekten eine goldene Nase verdienen. Im konkreten Fall der Infrastrukturgesellschaft wird es sogar noch schlimmer: nicht nur Mehrkosten drohen uns allen, auch wird eine dringend nötige sozial-ökologische Verkehrswende für alle den Profitinteressen von wenigen geopfert. DIE LINKE hat sich konsequent gegen die Grundgesetzänderung ausgesprochen und an vielen Stellen auf die drohenden Gefahren hingewiesen, da sie einen weiteren Schritt in der Privatisierung öffentlicher Daseinsvorsorge bedeutet.

Im Rahmen der Aktion "Keine Autobahnprivatisierung! – Keine Grundgesetzänderung!" hat auch die Linksfraktion im Leipziger Stadtrat am 17.05. Flagge gezeigt und sich für den Erhalt der öffentlichen Daseinsvorsorge ausgesprochen.

kurz & knackig

Redaktion Kurze Notizen aus der Partei

- Doppelausgabe: Die nächste Ausgabe des MiB ist die Sommerausgabe und damit traditionell besonders umfangreich. Wir freuen uns also über (fristgerechte!) Einsendungen von Artikeln und vor allem Bildern.
- Stadtzeitungen: Ende Mai wurden die 70.000 Stadtzeitungen "Leipzig konkret" angeliefert. Mittlerweile sind auch die dazugehörigen Stadtbezirkseinleger fertig. Die Verteilung möge beginnen!
- Gesundheitspässe: Das es im Rahmen des Wahlkampfes zu verschiedenen Sommfesten kommt, besteht für die Stadtbezirksverbände die Möglichkeit, pro SBV einen Gesundheitspass durch den Stadtverband finanziert zu bekommen. Dazu bitte im Liebknecht-Haus melden.
- Frauenfestival: Am 24. Juni findet ab 14:00 Uhr auf dem Leipziger Marktplatz das Frauenfestival unter dem Motto "Ohne uns kein wir Frauen setzen Zeichen für eine gerechte Welt" statt. Daran wird sich auch die AG Lisa wie in den letzten Jahren wieder beteiligen und freut sich sicherlich über Besuch.

G20 - Der Gipfel der **Ungerechtigkeit!**

Redaktion MiB Veranstaltungen zu G20

Am 7./8. Juli findet der G20-Gipfel in Hamburg statt und damit vor allem eine große, bunte und internationale Protestwoche. Protest gegen Rassisten, Rechtspopulisten, Diktatoren und Sexisten. Protest gegen die größten Waffenhersteller und Exporteure der Welt. Protest gegen die größten Klimasünder und Protest gegen die kapitalistische Welt(un)ordnung. Wie immer bei diesen rein informellen Treffen der großen Wirtschaftsmächte der Welt werden jenseits demokratischer Aushandlungsprozesse politische Weichen gestellt. Diesmal soll es unter anderem um die Entwicklung Afrikas und den aufkommenden Protektionismus Die Kritik an diesen Gipfeltreffen wurde ab Ende der 1990er Jahre von einer vielfältigen globalisierungskritischen Bewegung artikuliert und durch Proteste praktisch gemacht. Auf die Gipfelproteste wurde seit jeher mit staatlicher Härte regiert.

DIE LINKE ruft dazu auf sich an dem Gipfelprotest in Hamburg zu beteiligen. Am 8. Juli fahren wir mit tausenden Menschen in Bussen zur großen G20 Bündnisdemonstration "Grenzenlose Solidarität statt G20" nach Hamburg. Um es so einfach wie möglich zu machen, sind die Tickets ganz bequem online über den vom Demobündnis angebotenen Bus-Ticket Verkauf erwerben. Dort gibt es unter http://busse.g20-demo.de auch Busse ab Leipzig für die Demonstration am Sonnabend und unter alle weiteren Infos.

Im Vorfeld des G20-Gipfels wir mit zwei Veranstaltungen Raum zum informieren und diskutieren geben.

■ Mittwoch, 21.6.2017, 19:00, UT Connewitz, Wolfgang-Heinze-Straße 12A, 04277 Leipzig:

G20 - Gipfel der Repression

mit Elke Steven (Grundrechtekomitee), Mathias Monroy (Ex-gipfelsoli.org, Netzpolitik.org) und Vertreter*in von out of action (angefragt)

■ Dienstag, 27.6.,19:00 Interim, Demmeringstraße 32:

G20 - Gipfel der Bewegung?

Mit Oliver Rast (Autor) und Tim Herudek (ehemaliger Pressesprecher des Gipfel-Protestbündnisses Heiligendamm 2007)

aktuelle **Termine**

Ökoslam! Nachhaltiger und ökologisch wertvoller Poetry-Slam

Die Leipziger Umwelttage kommen und der Ökotalk wird zum ersten Ökoslam Leipzigs! Erfahrene halbtags-Veganer*innen aus Leipzig berichten in stilvoll vorgetragenen Texten über ihre Wetterwünsche an den Klimawandel, diskutieren ob vegane Schnitzel und Fleischtomaten Betrug an den Konsument*innen sind und erzählen von den kleinen Alltagsproblemen eines Ökos. Hast auch du Lust deine Erfahrungen zum Besten zu geben? Melde dich bis zum 10. Juni 2017 unter kontakt@ linxxnet.de an! Der Eintritt ist frei.

Fr. 16. Juni, 19:00 Uhr, INTERIM. Demmeringstr. 32, 04177 Leipzig

Auswertung des Bundesparteitages der Linkspartei und der Vorbereitung der Bundestagswahlen im September 2017

Wir freuen uns, dass wir Genossen Dr. Volker Külow als Diskussionspartner begrüßen können.

Mo. 19. Juni, 18:00, Stadtteilzentrum Messemagistrale, Straße des 18.Oktober 10a

12. Internationales Kinderfest in Leutzsch

Am Samstag, dem 24.06. startet um 15 Uhr im Park am Wasserschloss das 12. Kinderfest. Auf dem Paln stehen Kinderschminken, Portraitmalerei, Spiel & Spaß mit dem Spielmobil, Torwandschießen u.v.m.

Sa. 24. Juni, 15:00 Uhr, Park am Wasserschloss

Volle Bäuche statt volle Tonnen!

Veranstaltung zum Thema Containern.

Di. 27. Juni, 19:00 Uhr, Liebknecht-Haus, Braustraße 15

Wir ehren Gerta Taro

Der Bund der Antifaschisten e.V. und der Bürgerverein Messemagistrale e.V. ehren am 26. Juli 2017 Gerta Taro anlässlich ihres Todestages im Jahre 1937 in einer gemeinsam gestalteten Gedenkveranstaltung mit Informationen und Lesungen aus ihrem Leben und ihrem Wirken.

Mi. 26. Juli, 18:00 Uhr, Stadtteilzentrum Messemagistrale, Str. des 18.Oktober 10a

regelmäßige Termine

Stadtvorstandssitzung

2. Dienstag, 19:00 Uhr, Dachboden, Liebknecht-Haus, Braustraße 15

Beratung der Ortsvorsitzenden und SprecherInnen der Zusammenschlüsse

3. Dienstag, 18:30 Uhr, Liebknecht-Haus

AG Antifa (Web: agantifa.blogsport.de) unregelmäßig, siehe Website

linXXnet, Bornaische Str. 3d

AG Betrieb & Gewerkschaft

1. Mittwoch, 18:30 Uhr, Liebknecht-Haus

AG Cuba si

2. Dienstag, 17:00 Uhr, Liebknecht-Haus

AG Europa

bisher unregelmäßige Treffen, auf Nachfrage

AG Frieden und Gedenken

2. Mittwoch, 18:30 Uhr, Liebknecht-Haus

AG Junge GenossInnen

1. Samstag, 18:00 Uhr, Liebknecht-Haus

AG LISA - emanzipatorische Frauengruppe

4. Freitag, 15:00 Uhr, INTERIM

AG Senioren

1. Donnerstag, 9:00 Uhr, Liebknecht-Haus

AG Soziale Politik

1. Dienstag, 18:30 Uhr, Liebknecht-Haus

AG Stadtentwicklung

letzter Donnerstag, 20:00 Uhr, Liebknecht-Haus

AG Zukunft beim Stadtvorstand

3. Dienstag, 20:00 Uhr, Liebknecht-Haus

Linksjugend Leipzig

jd. Donnerstag, 19:00 Uhr, linXXnet (Plenum) 1. Donnerstag, 21:00 Uhr, linXXnet (Jour-Fixe) jd. 1. Di., 19 Uhr, linXXnet (Neumitgliedertreff)

Ökologische Plattform ADELE

1. Mittwoch, 19:00 Uhr, Liebknecht-Haus

Marxistisches Forum

4. Mittwoch, 18:00 Uhr, Friedrich-Ebert-Str. 77

DIE LINKE.SDS

jd. Donnerstag, 19:00 Uhr, GWZ, Raum 4.116, Beethovenstr. 15

Druck:

 Herausgeberin:

 DIE LINKE. Stadtvorstand Leipzig

 Braustraße 15, 04107 Leipzig

 Fon:
 0341 - 14 06 44 11

 Fax:
 0341 - 14 06 44 18

 www.dielinke-leipzig.de vorstand@die-linke-in-leipzig.de Web Mail: Spenden: IBAN: Sparkasse Leipzig
DE11 8605 5592 1175 5039 20

wir-machen-druck

Redaktion: Kay Kamieth (V.i.S.d.P.), Steffi Deutschmann, Tilman Loos, Dr. Christina Mertha, Sören Pellmann,

Gestaltung: Tilman Loos

Das Mitteilungsblatt erscheint monatlich. Redaktions-schluss für die nächste Nr. ist Mo. 03.07., 12:00 Uhr. Namentlich gezeichnete Beiträge entsprechen nicht in jedem Falle der Meinung der Redaktion. Die Redaktion behält sich sinnerhaltende Kürzungen vor.

LEIPZIGS NEUE SEITEN

Algerien im Taxi

Eine knappe halbe Stunde sitzen wir nebeneinander. Er am Lenkrad, ich als Gast.

Rein altersmäßig verfüge ich über mehr Lebenserfahrung. Außerdem unterscheidet uns ein Akzent, der seinem Deutsch eine charmante französische Färbung gibt.

Ich erfahre, dass er seit 15 Jahren in Deutschland lebt, und sich seit langem in Leipzig sehr wohl fühlt, eine Familie gründete.

Meine Neugier ist geweckt. Ich frage ... und erfahre: Er ist Algerier, dort ist die zweite Amtssprache Französisch, die erste arabisch, allerdings mit so starker Färbung, dass ihn beispielsweise ein Ägypter kaum verstehen würde.

Leipzigs Straßen verführen uns zum Plaudern. Er freue sich immer auf das Gothic-Treffen, da diese Typen toll aussehen und durchweg freundlich im Taxi sind.

Nach einer Straßenkreuzung frage ich ihn unvermittelt nach dem Algerienkrieg. Er schaut mich von der Seite lange an, hat den natürlich nicht erlebt und erwidert plötzlich: Du bist ein DDR-Kind ... du interessierst dich für Geschichte. Wo er Recht hat, hat er Recht!

Wir geben uns die Hand. Ich bin am Ziel.





Die wirtschaftliche Entwicklung muss ein menschliches Gesicht behalten, so dass keiner ausgeschlossen wird.

Papst Franziskus

Herausgeber: Projekt Linke Zeitung e.V., Braustraße 15, 04107 Leipzig, Tel.: 0341 / 21 32 345 E-Mail: redaktion@leipzigs-neue.de Internet: www.leipzigs-neue.de Bankverbindung: Sparkasse Leipzig IBAN: DE60 8605 5592 1150 1148 40 BIC: WELADE8XXX

Sprechzeiten: nach Vereinbarung (Tel. / mail)
Redaktion: Ralf Fiebelkorn, Dr. Volker Külow (V.i.S.d.P.),
Daniel Merbitz

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 5. Juni 2017

Stürmisch gefeierte Opern-Wiederentdeckung

Von Charles Gounods Opern hat in Deutschland nur der »Faust« unter den Namen »Margarethe« einen Platz im Repertoire erhalten. Da verdient die Oper Leipzig hohe Anerkennung, wenn sie unter dem Titel »Der Rebell des Königs« die seit der Uraufführung 1877 in Paris nicht wieder gespielte Oper »Cinq-Mars« (so heißt der Rebell) mit großem Aufwand in Szene setzte. Denn dieses Bühnenwerk bietet alles, was sich viele Opernfreunde wünschen: eine spannende, von Intrigen und Staatsaktionen geprägte Liebestragödie mit einer melodisch überströmenden Musik, mit ins Ohr gehenden Arien, Duetten, Ensem-



Foto: Tom Schulze, Oper Leipzig

bles und großen Chören, einer umfangreichen Ballettszene, dazu eine farbenprächtige Ausstattung.

Die Oper Leipzig scheute keine Mühe, um diesem Werk wieder zu Bühnenleben zu verhelfen. Dabei zaubert der Bühnen- und Kostümbildner Markus Meyer mit einer Bildrückwand die Atmosphäre fürstlicher Gemächer, mit dem Beleuchter Michael Rüger aber auch die einer Jagdszene und letztendlich die eines Kerkers herbei. Anthony Pilavachi führt die Solisten, den Chor und die Komparsen zu bewegtem Bühnengeschehen.

Entscheidend für den großen Premierenerfolg ist die von David Reiland souverän geleitete faszinierende musikalische Gestaltung mit Fabienne Conrad (Prinzessin Marie), Mathias Videl (Cinq-Mars), Jonathan Michie (Cinq-Mars' Freund Thou) in den Hauptpartien, dem in allen Farben glänzenden, ausdrucksdicht musizierenden Gewandhausorchester, dem mächtig gewaltigen Opernchor und einer Gruppe des Balletts.

Werner Wolf



Sinfonische Meisterwerke des 19. Jahrhunderts

Für seine beiden Konzertprogramme im Mai hatte Andris Nelsons drei der beliebtesten Sinfonien des 19. Jahrhunderts ausgewählt: Franz Schuberts »Unvollendete«, Anton Bruckners »Vierte« und Antonín Dvoraks Sinfonie »Aus der Neuen Welt«. So herrschte Spannung, wie der künftige Gewandhauskapellmeister diese oft gespielten Werke gestalten würde.

Kaum je war im Gewandhaus Schuberts »Unvollendete« so spannungsgeladen, so kontrastreich mit all ihren Klangwundern und Abgründen zu erleben. Nelsons entlokkte dem Orchester mit suggestiver Kraft zarteste Tone, führte es mit beklemmenden Steigerungen zu bestürzenden Höhepunkten. Die Eindrücke waren so stark, dass sie am Ende des Konzerts mit denen der Sinfonie Bruckners weiter wirkten.

Im Unterschied zu den düsteren, bedroh-

lichen Posaunenklängen der »Unvollendeten« lässt Bruckner in der letzten Fassung seiner »Vierten« die Blechbläser in strahlendem Glanz ertönen. Und Nelsons ließ das in Verbindung mit dem warmen Klang der Streicher zum Ereignis werden.

Sein zweites Programm hatte der künftige Chef ganz Antonín Dvorak gewidmet. Mit dessen Sinfonie »Aus der Neuen Welt« demonstrierte er, wie beeindruckend er mit dem Gewandhausorchester im tschechischen Tonfall zu musizieren weiß. Das war vorher schon mit Arien und Liedern zu erleben, die die auf allen großen Opernbühnen in Europa und Amerika begehrte Sopranistin Kristine Opolais bezaubernd sang.

An allen sechs Abenden wurden der Dirigent, die Solistin und das Orchester stürmisch gefeiert.

W.W.

LEIPZIGS NEUE SEITEN Juni 2017



Westflügel-Giganten

Der Titel der Nachwendehymne »Go West!« des britischen Pop-Duos »Pet Shop Boys« kann im Jahr 2017 wieder als Kompass in Leipzig dienen, denn der Westen der Messestadt ist ein kulturelles Eldorado, gerade noch an der Grenze zwischen Subkultur, Gentrifizierung und Hipster-Welt. Steigende Mieten und Entmietungen werden allerdings den Charme dieses Stadtteils nachhaltig schädigen. Daher heißt es jetzt, sich ins Getümmel zu werfen: Zwischen Spinnereigelände, Westwerk und der Karl-Heine-Straße. Ans Herz zu legen ist dabei der »Westflügel«: Hier residiert das Leipziger Figurentheater »Wilde & Vogel«. Mit viel Idealismus zeigen Charlotte Wilde und Michael Vogel eine Kunstform abseits der großen Wege und Häuser. Das moderne Figurentheater ist kein klassisches Puppentheater für Kinder, sondern ein visuell-musikalisches Experimentierfeld für Erwachsene und Jugendliche. Ja, auch der eine oder andere Hipster ist im morbiden Nachindustrieambiente der ehemaligen Ofenfabrik anzutreffen, preiswerten

Foto: Thilo Neubacher, Westflügel

Rotwein in der ehrenamtlich betriebenen Theaterkantine »Froelich & Herrlich« schlür-

Die Aufführung von »Die Empfindsamkeit der Giganten« von Christoph Bochdansky, Michael Vogel, Charlotte Wilde und Gyula Molnár kann als programmatisch für das Haus gelten: Hier wird ein sakrales Hochamt der Phantasie zelebriert. Dieser zauberhafte, einmalige Moment, wo die Phantasie heraufbeschworen wird, schält die Ideen und Träume heraus, die im Alltag verschüttet sind.

Einer der Höhepunkte im Jahr 2017 ist das Jubiläum »20 Jahre Wilde & Vogel«. An zwei langen Wochenenden im September und Anfang November gibt es einen Rückblick auf die bislang in Leipzig gezeigten Inszenierungen des Figurentheaters.

Fazit: Im Westflügel gibt es die künstlerische Symbiose von Schauspiel, Musik, Installation und Träumerei.

Go West!

Daniel Merhitz

Marx »Kapital« bleibt aktuell

150 Jahre nach seinem erstmaligen Erscheinen ist Marx' Hauptwerk »Das Kapital« ein Weltbestseller. Zur wachsenden Aufmerksamkeit für das Buch in der Gegenwart trägt maßgeblich die multiple Krise des globalen Kapitalismus am Beginn des 21. Jahrhunderts bei. Dieser klassische Text enthüllt nicht nur die Bewegungsgesetze kapitalistischer Gesellschaften und kritisiert die wei-Ben Flecken der ökonomischen Wissenschaften; hier werden auch die Begriffe geschärft, mit denen wir die Welt, in der wir heute leben, besser begreifen können. Marx erklärt nicht



nur die Keimformen »der Gesellschaften, in welchen kapitalistische Produktionsweise herrscht«, sondern identifiziert in deren Entstehungsgeschichte und Dynamik zugleich die Mechanismen ihrer Zerstörung, ihrer Endlichkeit - und die Kräfte zu ihrer Überwin-

Zehn bekannte Soziologen, Publizisten, Politiker, Philosophen und Wirtschaftswissenschaftler (darunter mit Sahra Wagenknecht leider nur eine Frau) haben neben dem Herausgeber das »Kapital« noch einmal gelesen. Ausgehend von jeweils einem Kapitel des Werkes ziehen sie Linien zur Gegenwart und denken über die Aktualität der Marx'schen Theorie nach - die Welt eben nicht nur zu interpretieren, sondern sie vor allem zu verändern. Eine spannende und lohnende Lektüre, die überraschende Einsichten verspricht.

Volker Külow

Mathias Greffrath (HG). RE: Das Kapital -Politische Ökonomie im 21. Jahrhundert. Antje Kunstmann München 2017. 240 Seiten. ISBN 978-3-95614-172-0. 22,00 EURO